

tone. Wie schon den vier Überfremdungsinitiativen, die zwischen 1965 und 1974 eingereicht wurden, liegt auch diesem Vorstoss die Auffassung zugrunde, dass das Ausländerproblem ausschliesslich eine Frage der Zahl sei. Bundesrat und Parlament haben sich jedoch stets gegen eine solche Betrachtungsweise ausgesprochen. Eine bloss einseitige, auf starre quantitative Ziele ausgerichtete Ausländerpolitik ist kein taugliches Mittel. Sie wäre mit der freiheitlichen Grundhaltung der Bundesverfassung nicht vereinbar und stünde im Widerspruch zu den elementaren Menschenrechten. Wir werden, wie wir in unserem Bericht über die Richtlinien der Regierungspolitik 1983 bis 1987 dargelegt haben, an unserer Politik, den Bestand der ausländischen Wohnbevölkerung zu stabilisieren, konsequent festhalten.

2. Zwischen unserer Ausländerpolitik und unseren ökologischen Zielsetzungen besteht kein Widerspruch. Die Ursachen der Umweltbelastung in der Schweiz und in der Dritten Welt sind nicht vergleichbar. Währendem in unserem Land die ökologischen Probleme auf die wachsenden Ansprüche einer relativ stabilen Bevölkerung zurückzuführen sind, gibt in gewissen Entwicklungsländern vor allem das explosionsartige Wachstum der Bevölkerung Anlass zur Sorge. Da sich die Frage des Bevölkerungswachstums und der Umweltbelastung viel differenzierter stellt, geht auch die Forderung des Interpellanten am Ziel vorbei.

Präsident: Der Interpellant ist von der Antwort des Bundesrates nicht befriedigt und verlangt Diskussion.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag auf Diskussion	39 Stimmen
Dagegen	60 Stimmen

84.531

Interpellation Müller-Wiliberg

Sommerzeit. Verkürzung Réduction de l'heure d'été

Wortlaut der Interpellation vom 3. Oktober 1984

Gestützt auf Absatz 3 von Artikel 2 des Zeitgesetzes vom 21. März 1980 hat der Bundesrat beschlossen, in Übereinstimmung mit den benachbarten Staaten die Sommerzeit ab 1986 auszudehnen.

Ich frage den Bundesrat deshalb an:

1. Welche Erfahrungen wurden im mitteleuropäischen Raum und der Schweiz im besonderen mit der Einführung der Sommerzeit gemacht? Wie sind die Auswirkungen am Arbeitsplatz, an den Schulen und in der Landwirtschaft?
2. Sind mit der Sommerzeit Einsparungen im Energieverbrauch möglich, wenn ja, wieviel?
3. Trifft es zu, dass in einzelnen Ländern (DDR und andere) die Abschaffung der Sommerzeit erwogen wird?
4. Stimmt es, dass auf Druck von England und Irland, welche angeblich eine separate Winterzeit im EG-Raum haben, die Sommerzeit in der Schweiz und den benachbarten Staaten ab 1986 auf den zweiten Oktobersonntag ausgedehnt werden soll?
5. Ist der Bundesrat bereit, international dahin zu wirken, dass die Dauer der Sommerzeit verkürzt wird?

Texte de l'interpellation du 3 octobre 1984

Se fondant sur l'article 2, 3^e alinéa de la loi du 21 mars 1980 réglementant l'heure en Suisse (RS 941.299), le Conseil fédéral a décidé, d'entente avec les Etats voisins du nôtre, de prolonger l'heure d'été à partir de 1986.

Je demande donc au gouvernement de répondre aux questions suivantes:

1. Quelles expériences ont été faites, en Europe centrale et en Suisse notamment, à la suite de l'introduction de l'heure d'été? Quels en sont les effets au poste de travail, dans les écoles et dans l'agriculture?
2. L'heure d'été permet-elle des économies d'énergie; si oui, de quelle ampleur?
3. Est-il exact que la suppression de l'heure d'été est envisagée dans certains pays (RDA et autres)?
4. Est-il exact que, dès 1986 et sous la pression de la Grande-Bretagne et de l'Irlande – qui ne passent pas à l'heure d'hiver en même temps que les autres pays de la Communauté européenne – l'heure d'été doit être prolongée, en Suisse et dans les pays voisins, jusqu'au deuxième dimanche d'octobre?
5. Le Conseil fédéral est-il disposé à intervenir au niveau international de manière à obtenir une réduction de la période durant laquelle s'applique l'heure d'été?

Mitunterzeichner – Cosignataires: Basler, Berger, Bircher, Blocher, Blunschy, Bühler-Tschappina, Bundi, Cantieni, Cottet, Dünki, Eisenring, Fischer-Häggingen, Frei-Romanshorn, Geissbühler, Hari, Hess, Hofmann, Hösli, Iten, Jung, Kühne, Maeder-Appenzell, Massy, Meyer-Bern, Müller-Scharnachtal, Nebiker, Nef, Neuenschwander, Neukomm, Oester, Rutishauser, Rüttimann, Sager, Schärli, Schmidhalter, Schnyder-Bern, Schwarz, Soldini, Spälti, Spoerry, Tschuppert, Uhlmann, Villiger, Wanner, Zwygart (45)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Die angekündigte Verlängerung der Sommerzeit wurde von grossen Bevölkerungskreisen negativ aufgenommen. Eine Umstellung Ende März bedeutet für viele Schweizer Arbeitsbeginn bei Dunkelheit. Das gleiche gilt bei der zu spät eingeführten Normalzeit Ende September oder gar erst im Oktober. Ein zwei Wochen späterer Beginn und ein früheres Ende der Sommerzeit entsprächen den seinerzeitigen Erwartungen weit mehr.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 21. November 1984

Rapport écrit du Conseil fédéral du 21 novembre 1984

1. In den mitteleuropäischen Staaten und in der Schweiz sind mit der Sommerzeit überwiegend positive Erfahrungen gemacht worden. Mittlerweile verschieben 27 europäische Länder im Sommerhalbjahr die Zeit um eine Stunde, und sie sehen vor, diese Regelung beizubehalten. Die in Europa bestehenden drei Zeitzonen werden durch die Sommerzeit nicht berührt.

Eingehende statistische Erhebungen über die Auswirkungen am Arbeitsplatz und in den Schulen liegen nicht vor. Es ist unbestritten, dass die Sommerzeit auf die Landwirtschaft verschiedene negative Auswirkungen hat. Zwar wird der längere Abend insbesondere für die Obsternte im Herbst begrüsst, aber die Sommerzeit erschwert die Arbeit namentlich in der Zeit der Heuernte. Der Bundesrat anerkennt den Einsatz, der im Interesse der Gesamtwirtschaft geleistet wird.

2. Die Auswirkungen auf den Energieverbrauch sind schlecht abzuschätzen, da nebst der Zeitverschiebung zahlreiche andere Faktoren wie Wetter, Energiepreise, in- und ausländische Konjunktorentwicklung, das Verbraucherverhalten des einzelnen und der Wirtschaft mitbestimmend sind. Die bisherigen Erfahrungen lassen für die Schweiz keine eindeutigen Schlüsse hinsichtlich Einsparungen zu.

3. Bis zur Stunde ist nicht bekannt, dass eines der 27 europäischen Länder, welche die Sommerzeit kennen, deren Abschaffung erwägt.

4. In England und Irland endet die Sommerzeit in der Regel am vierten Oktobersonntag, also vier Wochen später als in den europäischen Kontinentalstaaten. Zwecks Harmonisierung der Sommerzeitdauer soll als Kompromiss im EG-

Raum der Übergang auf die Normalzeit einheitlich auf den zweiten Oktobersonntag gelegt werden, dies vorläufig bis 1989.

5. Eine Verkürzung der Sommerzeitdauer würde der Volksmeinung in unserem Lande sicher Rechnung tragen. Dies kann aus zahlreichen Zuschriften und aus Meinungsäusserungen in der Presse geschlossen werden. Der Bundesrat wird deshalb über Kontakte zu den zuständigen Behörden der Europäischen Gemeinschaften dahingehend wirken, dass bei künftigen Beschlüssen diesem Anliegen Rechnung getragen wird.

Präsident: Der Interpellant ist von der Antwort des Bundesrates teilweise befriedigt und verlangt Diskussion.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag auf Diskussion	59 Stimmen
Dagegen	41 Stimmen

Diskussion verschoben – Discussion renvoyée

84.535

Interpellation Pitteloud

Tamilen. Rückschaffung nach Sri Lanka Renvoi des Tamouls au Sri Lanka

Wortlaut der Interpellation vom 3. Oktober 1984

Ich frage den Bundesrat:

– Stimmt es, dass die Hilfswerke in den letzten Wochen vergeblich versucht haben, mit der Bundesverwaltung in Kontakt zu treten?

– Gedenkt der Bundesrat den Vorschlägen Rechnung zu tragen, welche die Hilfswerke zur Situation der Tamilen vorgelegt haben, deren Asylgesuch abgewiesen worden ist?

– Erachtet es der Bundesrat im Fall der Rückschaffung von Tamilen in ihr Heimatland und angesichts der Zweifel in bezug auf ihre Sicherheit nicht als unerlässlich, eine Kommission zu schaffen, in der zum Beispiel die Hilfswerke, das UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge und Amnesty International vertreten sind und welche die Rückkehr so organisiert, dass sie unter den bestmöglichen Umständen vor sich geht?

Die Veröffentlichung des Berichts über die Abklärungen in Sri Lanka vom 11. bis 20. August 1984 und der darauf folgende Entscheid des Bundesrates, die Tamilen, deren Asylgesuch abgewiesen wird, in ihr Heimatland zurückzuschicken, lassen zahlreiche Fragen offen und geben zur Besorgnis Anlass.

Das UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge hat seine an alle europäischen Staaten gerichtete Aufforderung, die Tamilen nicht in ihre Heimat zurückzuschicken, bekräftigt. Die wichtigsten schweizerischen Hilfswerke, die sich in einer Arbeitsgruppe um Lösungsvorschläge bemüht hatten, haben in einer Erklärung die Entscheidungsgrundlagen des Bundesrates in Frage gestellt.

Texte de l'interpellation du 3 octobre 1984

Je demande au Conseil fédéral:

– S'il est exact que les œuvres d'entraide ont vainement essayé depuis quelques semaines, d'entrer en contact avec l'administration fédérale?

– Le Conseil fédéral a-t-il l'intention de tenir compte de leurs propositions concernant la situation des Tamouls dont la demande d'asile n'a pas été acceptée?

– Si dans le cas où des Tamouls étaient rapatriés et compte tenu des doutes qui subsistent quant à leur sécurité, le Conseil fédéral n'estime-t-il pas indispensable de créer une

commission incluant par exemple les œuvres d'entraide, le HCR, Amnesty International, commission qui serait chargée d'organiser les retours dans les meilleures conditions possible?

La publication du rapport sur les investigations effectuées au Sri Lanka du 11 au 20 août 1984 et la décision du Conseil fédéral de renvoyer dans leur patrie les Tamouls dont la demande d'asile est refusée, qui y fait suite, laissent subsister de nombreuses questions et inquiétudes.

Le Haut Commissariat des Nations Unies pour les réfugiés vient de confirmer son invitation à tous les pays et gouvernements européens de ne pas renvoyer les Tamouls.

Quant aux principales œuvres d'entraide suisses, qui s'étaient réunies dans un groupe de travail désireux de proposer des solutions, elles ont déclaré regretter énormément les bases choisies par le Conseil fédéral pour prendre sa décision.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Ammann-St. Gallen, Bäumlin, Braunschweig, Bundi, Christinat, Deneys, Fankhauser, Friedli, Gloor, Hubacher, Jaggi, Leuenberger-Solothurn, Longet, Mauch, Meizoz, Nauer, Ott, Robbiani, Vannay, Weber-Arbon. (20)

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 21. November 1984

Rapport écrit du Conseil fédéral du 21 novembre 1984

Le Conseil fédéral a examiné de manière approfondie la situation au Sri Lanka avant de prendre sa décision au sujet du rapatriement des requérants d'asile tamouls dont la demande a été rejetée. Il a pris sa décision après s'être renseigné sur la position du Haut Commissariat des Nations Unies pour les réfugiés et sur celle des œuvres d'entraide suisses. Ainsi, il est erroné de prétendre que les œuvres d'entraide aux réfugiés auraient tenté en vain d'entrer en contact avec l'Office fédéral de la police. Celui-ci a, par exemple, sur invitation d'une œuvre d'entraide, procédé à des hearings avec des représentants religieux de la minorité tamoule; les enseignements tirés de ces entretiens ont aussi servi de base à la décision du Conseil fédéral.

Différents services de l'administration fédérale ont connaissance depuis longtemps de l'existence d'un groupe de travail, mandaté par les œuvres d'entraide, et qui se préoccupe de la situation des Tamouls au Sri Lanka et en Suisse. Le Conseil fédéral avait, lorsqu'il a pris sa décision, connaissance des résultats partiels de ces investigations. Il est prêt à examiner, après présentation de l'étude annoncée, si et dans quelle mesure les propositions de ce groupe de travail peuvent servir de mesures complémentaires à l'orientation prise. Il ne voit pourtant aucune raison de revenir sur sa décision de principe, aussi longtemps que la situation au Sri Lanka ne change pas de façon sensible.

Le Conseil fédéral n'estime pas judicieux d'institutionnaliser, par l'entremise d'un organe spécial, les contacts existant avec le Haut Commissariat de l'ONU pour les réfugiés, les œuvres suisses d'entraide et Amnesty International. Il examine par contre, avec le concours de certaines œuvres d'entraide, s'il est opportun d'offrir aux requérants à l'asile rapatriés une aide et des conseils leur facilitant le retour dans leur pays d'origine.

Präsident: Frau Pitteloud verzichtet auf eine Diskussion, möchte aber eine kurze Erklärung abgeben.

Mme Pitteloud: Effectivement quand j'ai demandé la discussion, le Conseil fédéral, répondant à mon interpellation, maintenait sa décision de renvoi des Tamouls qu'il estimait fondée. Le lendemain, la décision était modifiée parce que les événements au Sri Lanka ne laissaient plus aucun doute, même pour le Conseil fédéral. Je ne demande donc plus la discussion.

Je me réjouis de cette décision mais j'espère qu'à l'avenir le Conseil fédéral se montrera plus circonspect quand il prendra des décisions aussi graves et plus circonspect également dans ses réponses aux parlementaires.

Interpellation Müller-Wiliberg Sommerzeit. Verkürzung

Interpellation Müller-Wiliberg Réduction de l'heure d'été

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1984
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	17
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	84.531
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	14.12.1984 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1949-1950
Page	
Pagina	
Ref. No	20 013 025

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.